

Sascha Tamm

## ***Geld und Vertrauen***

*(Der Beitrag entstammt der Vierteljahresschrift „liberal“ (Ausgabe Februar 2009), die Sie unter [www.liberal.freiheit.org](http://www.liberal.freiheit.org) bestellen können.)*

Monopole sind schädlich – jedenfalls sofern sie staatlich garantiert werden und damit nicht durch Wettbewerber angreifbar sind. Soweit herrscht Einigkeit unter Liberalen, aber sicher auch weit darüber hinaus. Viele Liberale gehen einen Schritt weiter und argumentieren, dass auch Monopole, die sich auf einem freien Markt herausgebildet haben, bekämpft werden müssen. Diese Differenz spielt zu Beginn der folgenden Überlegungen noch keine Rolle, wird allerdings am Ende relevant.

Freier Wettbewerb auf einem freien Markt ist zunächst moralisch geboten, weil er eine unmittelbare Konsequenz der individuellen Freiheitsrechte jedes Menschen ist, doch auch die Konsequenzen des Wettbewerbs sind in vieler Hinsicht positiv. Offensichtlich sind die Effizienzgewinne. Entscheidend sind die Möglichkeiten der Innovation und der Anpassung an neue Entwicklungen, die sich auf einem freien Markt eröffnen. Wir brauchen, im Sinne von F.A. von Hayek, größtmögliche Freiheit, weil wir so wenig wissen. Das dezentrale Wissen verschiedener Marktteilnehmer, die sich in einem ständigen Prozess der Suche, von Versuch und Irrtum befinden, ist der Tätigkeit jeder zentralen Behörde überlegen, die bestimmen soll, wie Kapital einzusetzen ist. Dabei ist jeder Anbieter von Gütern darauf angewiesen, dass ihm seine potentiellen Kunden vertrauen. Er kann ihr Vertrauen nicht erzwingen, er muss es immer wieder erwerben. Wird ihr Vertrauen enttäuscht, wenden sich die Konsumenten anderen Anbietern zu. Der Vertrauensverlust in bestimmte Anbieter schafft gleichzeitig Anreize für Wettbewerber, in einen bestimmten Markt einzutreten.

Dieser Mechanismus ist bei staatlichen Monopolisten außer Kraft gesetzt. Das heißt nicht, dass staatliche Monopolisten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt das Vertrauen ihrer Kunden genießen können. Doch sie können auch ohne dieses Vertrauen überleben. Der Bundespost bspw. konnte es sehr lange vollkommen egal sein, ob die Kunden ihr vertrauen – wer einen Brief versenden wollte, hatte keine Alternative, also keine Vergleichsmöglichkeiten. Die Qualität und der Preis einer Leistung werden dann gewissermaßen als »gottgegeben« hingenommen. Das führt nicht automatisch zu Unzufriedenheit, eher zu einer gewissen Ignoranz gegenüber Veränderungen.

Marktwirtschaft und Wettbewerb haben in der aktuellen Wirtschaftskrise wenig Konjunktur. Wir erleben staatliche Eingriffe in einem gewaltigen Ausmaß. Damit einher geht eine öffentliche Debatte, die eine »ausufernde« Marktwirtschaft und vor allem gierige Spekulanten als Ursache der Krise ausmacht. Daran gibt es inzwischen viel fundierte Kritik aus dem liberalen Lager, die staatliche Eingriffe, etwa in den amerikanischen Hypothekenmarkt und eine sehr lockere amerikanische Geldpolitik als wesentliche Ursachen der Krise identifiziert. Der letzte Punkt ist hier interessant.

Geldpolitik trägt sicher zum Entstehen von sogenannten »Spekulationsblasen« bei. Es gibt sogar gute Argumente dafür, dass sie die Hauptursache dafür ist. Seit langem wird intensiv über die »richtige« Geldpolitik, über Inflations- und Geldmengenziele und die verschiedenen Instrumente diskutiert. Es wird darüber debattiert, wie staatliche Zentralbanken Geldwertstabilität garantieren können, aber auch darüber, wie sie zur Erreichung anderer politischer Ziele, etwa zu hohem Wirtschaftswachstum beitragen können. Die Diskussion

über eine »bessere« oder »schlechtere« Politik der verschiedenen Zentralbanken ist sinnvoll. Nach den katastrophalen Inflationen, die Deutschland und andere Länder erlebt haben und einige Länder heute noch erleben, ist es für Regierungen nicht mehr so einfach, das Vertrauen ihrer Bürger zur Erreichung politischer Ziele zu missbrauchen. Unabhängige Zentralbanken sind ein Fortschritt, doch auch sie haben weder die Inflation zum Verschwinden gebracht noch sind sie wirklich gegen staatliche Interventionen geschützt.

Liegt das Problem also tiefer? Liegt es nicht darin, dass die Probleme jedes staatlich geschützten Monopols auch bei der Geldproduktion auftreten? Denkanstöße liefert hier eine Schrift von F.A. von Hayek, die 1976 erstmals in englischer Sprache erschien<sup>1</sup> und gerade im Rahmen der deutschen Gesamtausgabe seiner Werke wieder aufgelegt wird: Die »Entnationalisierung des Geldes«.<sup>2</sup> Hayek identifiziert darin das durch den Staat geschützte Monopol zur Emission von Geld als Ursache der oft schleichenden, zuweilen aber auch galoppierenden Entwertung der gesetzlichen Zahlungsmittel und als wesentliches Instrument des staatlichen Interventionismus. Stattdessen schlägt er ein System des Wettbewerbs privater Währungen vor. Das war vor gut dreißig Jahren extrem provokant und ist es bis heute geblieben.

Hier soll nicht die Debatte wiedergegeben werden, die sich an das Erscheinen der Studie anschloss. Es wird versucht, ein grundlegendes Missverständnis auszuräumen, das im Zusammenhang mit diesem Vorschlag auftritt, und zwei grundlegende Argumente zu skizzieren, die mit sich mit den Begriffen »Wissen« und »Vertrauen« benennen lassen. Das Missverständnis liegt darin, dass immer wieder unterstellt wird, dass private Banken das Recht erhalten sollen, vorhandene Währungen zu emittieren, also etwa Euros zu drucken. Das ist Unsinn. Es geht darum, dass private Banken das Recht erhalten, voneinander unterscheidbare und den Emittenten jeweils klar zurechenbare Währungen in Umlauf zu bringen. Niemand wäre gezwungen, sie zu verwenden oder als Zahlungsmittel zu akzeptieren. All das geschähe auf freiwilliger Basis. Ein erster Schritt hin zu einem System des Währungswettbewerbs wäre die Abschaffung des Annahmewangs für das jeweilige Zentralbankgeld.

Dieses müsste sich selbst dem Wettbewerb stellen. Die Menschen könnten dann selbst entscheiden, welche Währung sie für verschiedene Zwecke verwenden, etwa als tägliches Zahlungsmittel oder zum Sparen. Ein solches Verfahren mag für viele, die an ein einheitliches staatliches Geld gewöhnt sind, kompliziert klingen. Doch es hat sich oft gezeigt, dass Menschen in der Lage sind, mit mehreren Währungen parallel umzugehen, wenn sie darin Vorteile erkennen und z.B. einer anderen Währung viel mehr Wertstabilität zutrauen als der nationalen. Hier sei nur daran erinnert, dass in vielen Ländern des östlichen und südöstlichen Europa die D-Mark und der Dollar viele Jahre lang als Parallelwährung gedient und das Sparen überhaupt erst ermöglicht haben. Währungswettbewerb ist also durchaus praktikabel.

Doch ist er auch notwendig? Das Argument, dass freier Wettbewerb alternativlos ist, wenn es darum geht, Wissen zu nutzen und zu schaffen, gilt hier, wie auf allen anderen Märkten, wahrscheinlich noch mehr. Ein führender deutscher Geldtheoretiker und -praktiker verglich kürzlich die Tätigkeit von Zentralbanken mit dem Stochern im Nebel. Deshalb dürfte ihre Tätigkeit nicht an sehr strenge Regeln gebunden sein, sondern sie bräuchten einen bestimmten, nicht zu kleinen Spielraum für ihre Entscheidungen. Wenn diese Analyse richtig ist, dann schließt sich das Argument für private Währungen unmittelbar an: Wenn wir im Nebel stochern, weil wir nicht über das notwendige Wissen verfügen, ist es besser, wenn mehrere Akteure auf unterschiedliche Weise im Nebel stochern, also versuchen, eine Währung zu schaffen und zu erhalten, die den Bedürfnissen der Geldnutzer entspricht. Diese sind nicht von vornherein klar

und entwickeln sich weiter. Wertstabilität hat eine hohe Priorität. So wäre es bspw. denkbar, dass sie für eine besonders wertstabile Währung Einschränkungen bei der einfachen und zeitnahen Verfügbarkeit in Kauf nehmen würden.

Für die Akzeptanz eines Zahlungsmittels ist Vertrauen noch wichtiger als für die meisten anderen Güter. Das Vertrauen muss, jedenfalls dann, wenn das Geld zum Sparen, zur Wertaufbewahrung verwendet werden soll, sehr langfristig sein. Private Geldanbieter müssen also daran interessiert sein, dieses Vertrauen zu schaffen. Sie können, im Gegensatz zu Staaten und ihren Zentralbanken, nicht darauf verzichten, da ihnen Zwangsmittel nicht zur Verfügung stehen. Sie können also beispielsweise garantieren, die Währung jederzeit gegen bestimmte Stoffe, Waren oder andere Währungen zu einem festen Kurs einzulösen. Sicher würden goldgedeckte Währungen angeboten werden.

Aber auch ganz andere Modelle können sich herausbilden – es ist ja gerade der Vorteil eines derartigen Systems, dass es ganz neue Methoden der Bereitstellung von Geld hervor bringt. Möglicherweise würden viele Menschen verschiedene Währungen für verschiedene Zwecke nutzen.

Niemand kann sagen, wie viele Währungen sich herausbilden würden. Vielleicht – und hier kommt das Argument vom Beginn dieses Textes wieder ins Spiel – gäbe es in vielen Ländern oder Regionen tatsächlich nur eine Währung oder jedenfalls eine marktbeherrschende. Doch die Emittenten (selbst dann, wenn es die staatliche Zentralbank ist) wären gezwungen, sich das Vertrauen der Geldnutzer immer wieder zu erarbeiten, da sonst Konkurrenten in den Währungsmarkt eindringen würden. Auch staatliches Geld, sofern es denn weiter existiert, würde also unter Wettbewerbsbedingungen »besser« werden. Die Emittenten würden sicher effektive Wege suchen, den Geldumlauf zu kontrollieren und von ihnen nicht kontrollierbare Wege der Geldschöpfung, in der von ihnen emittierten Währung zu verhindern. Das würde die Wahrscheinlichkeit für Finanzkrisen verringern. Und gäbe es sie, wären ihre Auswirkungen geringer, als sie heute sind.

1 F.A. v. Hayek: Denationalisation of Money. An Analysis of the Theory and Practice of Concurrent Currencies, London 1976.

2 F. A. v. Hayek: Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Abt. A Band 3: Entnationalisierung des Geldes. Hrsg. v. Alfred Bosch u. Reinhold Veit. Erscheint im Februar 2009. Die Übersetzung von »Denationalization of Money« ist unglücklich. Es geht Hayek nicht so sehr um die Entnationalisierung, sondern vor allem um die Entstaatlichung, die Privatisierung des Geldwesens.

*Der Beitrag entstammt der Vierteljahresschrift „liberal“ (Ausgabe Februar 2009), die Sie unter [www.liberal.freiheit.org](http://www.liberal.freiheit.org) bestellen können.*

*Sascha Tamm,*

*war bis Ende 2008 Leiter des Regionalreferats I (Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien) des Bereichs Internationale Politik der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Derzeit ist er in Vorbereitung seiner neuen Aufgabe: Ab 1. Mai wird er in Moskau Projektleiter für Russland und Zentralasien.*